

ANTIDISKRIMINIERUNGS-GESETZ

Mit Unwillen gegen Diskriminierung



Die Ausnahme im neuen Anti-Diskriminierungsgesetz: Berufssoldaten sind wie alle Staatsbeamten davon nicht betroffen. Ihr Fall wird extra geregelt.

Was lange währt, muss nicht gut werden. Diese Woche stimmte das Parlament dem seit sechs Jahren fälligen und nun doch unvollständigen Anti-Diskriminierungs-Gesetz zu.

Vier Jahre für den ersten, zwei Jahre für den zweiten Anlauf - insgesamt also sechs Jahre brauchte die Luxemburger Regierung für die Umsetzung zweier EU-Direktiven, durch die das Prinzip der Anti-Diskriminierung gesetzlich festgeschrieben werden soll. Erst ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes brachte etwas mehr Bewegung in die Gesetzesmühle.

"Das Dossier wurde nicht nur vernachlässigt", sagt Serge Kollwelter von der Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés (ASTI), "hier kann man vom Gegenteil von politischem Willen sprechen." Seit Jahren drängt die ASTI auf die Umsetzung der Direktive, mit dem nun vorliegenden zweiten Gesetzesprojekt ist man allerdings nicht in allen Punkten zufrieden. Zum Beispiel damit, dass die An-

ti-Diskriminierungsmaßnahmen im Hinblick auf den Zugang zum Arbeitsmarkt zwar für "toutes les personnes, tant publiques que privées, physiques ou morales, y compris les organismes publics" gelten - ausgenommen sind jedoch "les fonctionnaires, les employés de l'Etat et les stagiaires-fonctionnaires". Im Exposé des Motifs wird darauf hingewiesen, die Maßnahmen für den Öffentlichen Dienst würden in einem extra Gesetz definiert.

Eine Diskriminierung im Antidiskriminierungsgesetz, höhnt die ASTI in einem Communiqué. Welchen Grund gibt es, Staatsbeamte extra zu behandeln?, fragt sich Serge Kollwelter und bedauert die mangelhafte Umsetzung der Direktive. "Vor allem, wenn etwas so lange dauert, könnte man erwarten, dass etwas Besseres dabei herauskommt", so Kollwelter.

Staatsbeamte werden diskriminiert

Gerade die lange Bearbeitungszeit diene jedoch in der Chamberkommission als Gegenargument: "Hätten wir darauf bestanden, dass der öffentliche Dienst im Gesetz eingeschlossen ist, hätte es noch viel länger gedauert, bis die Umsetzung der Direktive endlich erfolgte", sagt Rapporteur Aly Kaes (CSV). In seinem Bericht wird diesbezüglich auf den Anfang Juni vorgelegten Gesetzesentwurf zum "statut général des fonctionnaires de l'Etat" verwiesen. "Dieses Gesetz wird im Herbst gestimmt und darin ist dann die Anti-Diskriminierung für den öffentlichen Dienst definiert." Im Übrigen habe man festgehalten, dass man sich in Zukunft gegen die Zweiteilung des öffentlichen und privaten Sektors aussprechen werde. In diesem Fall setzte sich die Chamber jedoch über die "opposition formelle" des Staatsrates hinweg. Ein Einspruch, an dem der Staatsrat in seiner zweiten Stellungnahme nicht festhielt.

Im Avis zum Staatsbeamtengesetz wird jedoch erneut mit einer "opposition formelle" gedroht: Inkonsequent nennt das hohe Gremium an dieser Stelle die Regierungspolitik. In der Umsetzung zur Direktive der Chancengleichheit für Männer und Frauen habe man sehr wohl die Staatsbeamten in das nationale Gesetz eingeschlossen. Die Fehler der Vergangenheit dürften nicht reproduziert werden, so der Staatsrat, es gebe keinen Grund, die dualistische Herangehensweise fortzusetzen.

Weiterer fundamentaler Kritikpunkt des Staatsrates am Antidiskriminierungsgesetz: die Unabhängigkeit des im Gesetz vorgesehenen "Centre pour l'égalité de traitement" sei nicht gewährleistet. Das Gesetz müsse die Kompetenzen und die Mittel des Gremiums, das Maßnahmen zur Antidiskriminierung fördern,

untersuchen und überwachen soll, genauer definieren. Die Chamberkommission ließ daraufhin zumindest die Entschädigung der Zentrums-Verantwortlichen im Gesetzestext festschreiben. Vorgesehen ist eine "indemnité spéciale mensuelle" von 60 Indexpunkten für den Präsidenten und 20 Indexpunkten für die vier Mitglieder, sprich eine Summe von rund 900 respektive 300 Euro, was bei dem hiesigen Gehaltsniveau allenfalls einem kleinen Nebenverdienst gleichkommt. "Menschen, die anderen Arbeitgebern verpflichtet sind, haben es in der Regel schwer, ihre Unabhängigkeit zu bewahren", gibt Serge Kollwelter zu bedenken.

Centre mit beschränkten Mitteln

Doch die Finanzen sind möglicherweise nicht der einzige begrenzende Faktor für das geplante Zentrum. Die Frage, ob das Centre als solches, oder ob nur Einzelpersonen und Vereinigungen vor Gericht klagen dürfen, bleibt ungeklärt. Nicht nachvollziehbar sei die Tatsache, dass nur asbl klagen dürfen, die d'"importance nationale" sind und die mindestens seit fünf Jahren anerkannt sind, schreibt die Arbeitskammer in ihrer Stellungnahme und schlug vor, diesen Zusatz zu streichen. Nicht so die Chamber. "Es geht darum, dass eine Organisation über einen gewissen Erfahrungsschatz verfügen sollte, bevor sie vor Gericht zieht", sagt Aly Kaes. "Es gibt einige asbl, die zwar seit über zehn Jahren anerkannt, jedoch eigentlich gar nicht mehr funktionsfähig sind", sagt hingegen Serge Kollwelter.

Zuständig für die Überwachung der Maßnahmen ist dem Gesetz nach die Inspection du travail et des mines. Ein weiterer Schwachpunkt, so Kollwelter. Zum einen gebe es Bereiche wie zum Beispiel den "logement", in denen dieses Amt gar nicht kompetent sei. Zum anderen brauche das ohnehin schon überforderte Gewerbeaufsichtsamt dann zusätzliches Personal. "Wir müssen die Reform dieses Organs so planen, dass es alle ihm zugetragenen Aufgaben zufrieden stellend erfüllen kann", lautet Aly Kaes' diplomatischer Kommentar.

Trotz dieser Mängel begrüßt die ASTI das neue Gesetz, das dem fehlenden politischen Willen der Regierung in Sachen Antidiskriminierung ein Ende setze. Entscheidend für die praktische Relevanz des neuen Regelwerks wird jedoch die Motivation der Opfer sein, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Im Falle des Anti-Rassismusesetzes habe erst eine groß angelegte Hauswurfsendung der Regierung dazu geführt, dass es überhaupt wahrgenommen wurde, so Kollwelter. Bislang ist keine Kampagne vom Arbeitsministerium geplant, auch in der Chamberkommission ist über solche Maßnahmen nicht diskutiert worden.

Daniële Weber

Frieden aux abois

Rendre possible la double nationalité sans pour autant la banaliser, voilà l'intention déclarée de Luc Frieden. Récemment, sa position avait été prise à revers par l'initiative de son collègue de parti Paul-Henri Meyers. Celui-ci avait amené la Commission de la révision constitutionnelle à abandonner la procédure législative pour les naturalisations. Celle-ci, qui correspond à la sacralisation de la nationalité voulue par Frieden, va être remplacée par une simple procédure administrative. Mais voici qu'un autre verrou prévu par Luc Frieden pour vendre chèrement la nationalité luxembourgeoise risque de sauter: l'exigence d'une durée de résidence de dix ans pour la double nationalité, contre cinq ans pour l'obtention de la nationalité "simple". "Cette différence n'est pas justifiée", vient de proclamer le LCGB. Le syndicat chrétien étant fortement lié au courant social du CSV, on peut en déduire que Frieden a été lâché par son parti. Si le LSAP continue à se montrer timide sur ce dossier, le ministre peut encore espérer un marchandage. Mais si les socialistes mettent la pression, Frieden sera obligé de céder sur cette différenciation, hautement symbolique, entre nationalité double et simple.

CIA-Flüge

"Europa hat ernsthaftere Probleme als die Frage, ob jemand aus irgendeinem Mitgliedstaat der Union nach Guantanamo geflogen wurde oder eben nicht", ereifert sich Jean Spautz im Europaparlament. Neben Astrid Lulling votierte Spautz gegen die Resolution der Untersuchungskommission, die das Ziel hat, die begonnenen Recherchen zu den CIA-Flügen fortzusetzen. Die Tatsache, dass noch immer ungeklärt ist wie Menschen in europäischen Staaten durch die CIA festgesetzt und abtransportiert wurden, liege nach Spautz darin begründet, dass es hier weniger aufzuklären gäbe "als einige besonders eifrige Amerikakritiker" gehofft hatten. Spautz wünscht zum EU-Alltagsgeschäft zurückzukehren - anstatt sich mit dem "möglichen Fehlverhalten eines Staates zu beschäftigen, der unser stärkster Alliiertes und ein alter Freund ist". Dass die so genannten "Amerikakritiker" im Europaparlament letztlich mehr Rückgrat gezeigt haben als die luxemburgische Fraktion der Europäischen Volkspartei wenn es um europäische und internationale Rechtsprinzipien geht, deren Achtung und Wahrung nicht selbstverständlich sind, scheinen Spautz und Lulling nicht zu bedenken - schließlich liegt Guantanamo am anderen Ende des Ozeans.

Oh hätt' ech dach de Gréngewald ...

"Großherzogs verschachern den Gréngewald für 20 Millionen Euro", konnte man Mitte der Woche auf der Website der satirischen Zeitung "Den Neie Feierkrop" (DNF) lesen. Auf Anraten "junger dynamischer Geldhaie" wolle der Hof das "tote Kapital" veräußern, das die 850 Hektar Wald im großherzoglichen Besitz darstellen. Dass es sich nicht um Satire handelt, machte die Antwort des Premierministers auf eine Anfrage des grünen Abgeordneten Camille Gira klar. Im Rahmen einer "restructuration de Son patrimoine familial" habe der Großherzog den Verkauf ins Auge gefasst und Verhandlungen mit der Regierung begonnen. Ob man das Areal zum Teil oder ganz kaufe, hänge vom Preis und von den verfügbaren Mitteln ab. Der "Feierkrop" hatte Juncker vorgeworfen, ein Angebot zum "Spottpreis" von 20 Millionen Euro abgelehnt zu haben. Für einen Ankauf der 850 Hektar sprach sich neben Gira auch der Mouvement écologique aus: Käme der Gréngewald in die Hände kommerzieller Interessenten, sei eine naturnahe, zusammenhängende Bewirtschaftung in Frage gestellt. Ein solcher "ancient wood" sei in öffentlicher Hand am besten aufgehoben. Was die Finanzierung des Ankaufs angeht, gibt es den Vorschlag von Camille Gira, auf die Erlöse aus dem Mittal-Geschäft zurückzugreifen. Die woxx findet: Ein Großherzog sollte großherzig sein und den BürgerInnen den Gréngewald einfach schenken.

